Regierung

Dobrindt bläht sein Ministerium auf

DSL für alle, mehr WLAN in Zügen, eine Pkw-Maut für Ausländer – Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ist bislang vor allem durch wolkige Ankündigungen aufgefallen. Greifbare Ergebnisse auf Erden sind dagegen noch überschaubar. Auch bei der neuen Struktur seiner Behörde hat sich Dobrindt viel Zeit gelassen. Doch nun, immerhin mehr als sechs Monate nach Amtsantritt, ist das neue Organigramm fertig. Schlanker ist die Behörde dabei allerdings nicht geworden. Dem CSU-Mann gelang das Kunststück, die Zahl der Abteilungen konstant zu halten – obwohl er einen beträchtlichen Teil der Kompetenzen und weit über 200 Beamte ans Umweltministerium abgeben musste. Aus der einstigen Abteilung „Leitung, Politische Planung, Kommunikation“ machte Dobrindt einfach zwei Abteilungen, die Aufgaben des früheren Kabinettsreferats verteilte er auf mehrere Referate. Das Aufblähen der Strukturen hat den angenehmen Nebeneffekt, dass Dobrindt enge Mitarbeiter in attraktive Positionen hieven kann. Unter anderem trägt einer seiner engsten Vertrauten künftig den bizarr anmutenden Titel „Ständiger Vertreter“. Sein Pressesprecher wird wohl bald zum Abteilungsleiter befördert und gehört dann zu den Topverdienern seiner Zunft. böl

Dobrindt

Fernbusse

Post und ADAC fahren weiter

Die Deutsche Post und der ADAC weiten ihr Angebot an Fernbussen massiv aus. Zuletzt hieß es in der Branche, die beiden Partner wollten sich nach weniger als einem Jahr womöglich aus dem boomenden, aber hart umkämpften Markt wieder verabschieden. Von Mitte August an soll sich die Zahl der ans Fernbusnetz angeschlossenen Städte nun aber auf 60 verdoppeln. Erstmals werden auch ausländische Ziele wie Zürich bedient. Durch Expresslinien soll sich die Reisezeit auf wichtigen Strecken zudem verkürzen. Schätzungen zufolge beträgt das Geschäftsvolumen im Fernbusmarkt in diesem Jahr 160 Millionen Euro, 2015 soll es sich auf 350 Millionen Euro mehr als verdoppeln. böl

Gesundheit

Ärzte zählen rund 2200 Fehler

Rund 12 000 Patienten haben sich 2013 bei den Ärztekammern wegen vermuteter Behandlungsfehler beschwert. 8000 Fälle wurden abgeschlossen, davon hat sich in rund 2200 Fällen der Verdacht bestätigt, wie aus der aktuellen Statistik der Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen hervorgeht. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer, führt dies auf wachsenden Stress zurück: „Seit Jahren steigt die Arbeitsintensität in deutschen Kliniken und Praxen.“ Lange Arbeitszeiten und ständiger Leistungsdruck erhöhten die Fehlerwahrscheinlichkeit. Daher sei „bemerkenswert“, dass die Zahl der registrierten Behandlungsfehler in den vergangenen Jahren weitgehend konstant geblieben sei. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen hatte 2013 rund 14 600 Gutachten erstellt und dabei knapp 3700 Behandlungsfehler festgestellt. cos

Beermann

Bundesbank

Zoff um Vorstandsposten

Bei der Besetzung eines Vorstandspostens der Bundesbank zeichnet sich ein Eklat ab. Das sächsische Kabinett hat als Nachfolger für den zum Jahresende ausscheidenden Vorstand Rudolf Böhmler den derzeitigen Chef der Dresdner Staatskanzlei Johannes Beermann (CDU) vorgeschlagen. Dies sei mit der CDU-SPD-Koalition in Thüringen so abgesprochen worden, die der Bestellung ebenfalls zustimmen müsse, hieß es. Dort regt sich jedoch heftiger Widerstand. Die SPD-Spitzenkandidatin und Sozialministerin Heike Taubert wittert in der Personalie eine „Versorgungsaffäre à la CDU“, die sie so nicht mitmache. Was die Ministerpräsidenten Thüringens und Sachsens Christine Lieberknecht und Stanislaw Tillich (beide CDU) „ausgekungelt“ hätten, interessiere sie „herzlich wenig“. Da der Bundesrat kommende Woche über die mit 250 000 Euro jährlich dotierte Stelle berät, wollen die Thüringer Genossen nun die SPD-Länder gegen Beermann in Stellung bringen. Der Jurist hat noch ein weiteres Problem: Er war von 2003 bis 2008 Generalbevollmächtigter und Sprecher der umstrittenen Immobiliengruppe Fundus. In seiner Biografie auf der Homepage der Staatskanzlei taucht dieser Job allerdings nicht auf – er sei schließlich nur „Teil seiner anwaltlichen Tätigkeit“ gewesen, heißt es dort. In Beermanns Wikipedia-Eintrag wurde der Job 2009 sogar gelöscht – möglicherweise von einem sächsischen Beamten. Die IP-Adresse wird geführt als „TSI für Sächsische Staatskanzlei“ und gehört zu einem Netz, das aber auch von Mitarbeitern anderer Ministerien und Behörden genutzt werden konnte. Ein Sprecher sagt, man habe den Eintrag wohl an die Biografie auf der eigenen Homepage „angleichen wollen“. Die Fundus-Gruppe hatte das Geld Tausender Anleger in Fonds für die Hotels Heiligendamm und Adlon gesteckt, die später in Schieflage gerieten. ase, stw

FOTOS: HANS CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF (L.); ROBERTMICHAELPHOTO.DE (R.)